



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn

André Wyss
Kantonsrat Solothurn



Sessionsbericht 3./4./11. September 2024

Was für eine Session! Sie war für mich sehr intensiv und gleichzeitig auch spannend – und vor allem erfolgreich.

Politisch erfolgreich war ich bei der **«Teilrevision zum Kantons- und Gemeindesteuergesetz»**. Dabei ging es um insgesamt 12 geplante Änderungen, wobei deren 10 ½ unbestritten waren. Bereits im Vorfeld grosse Diskussionen ausgelöst hat einzig, dass der Abzug für die Versicherungsprämien bei der Steuererklärung erhöht werden soll. Dieser aufgrund der stark gestiegenen Krankenkassenprämien an sich nachvollziehbare Schritt hat einen finanziellen Haken: Bereits kleine Erhöhungen haben einen grossen Einfluss auf die Steuerausfälle. Konkret ging es um Mindererträge von 5.0 Mio. Franken beim Kanton, 5.6 Mio. Franken bei den Gemeinden und 400'000 Franken bei den Kirchen. Es zeichnete sich daher ab, dass die Vorlage so kaum ohne Volksabstimmung durchkommen würde. Im Falle einer Ablehnung durch das Volk wäre die Folge, dass dann auch alle anderen, teils wichtigen und notwendigen Anpassungen, nicht umgesetzt werden könnten. Darum habe ich mich in der Finanzkommission (FIKO) entscheidend dafür eingesetzt, dass man diesen Teil der Vorlage zurückstellt und später – im Rahmen einer steuerlichen Gesamtbetrachtung – wieder neu aufgreift. Die FIKO hat sich dieser Haltung angeschlossen und schlussendlich dann auch der Kantonsrat. Somit ist ein Geschäft, welches ursprünglich viel Zündstoff beinhaltete, durch die brückenbauende EVP entschärft worden und in der Folge schlank, sprich einstimmig und fast geräuschlos, durch den Kantonsrat gegangen. Nachteil solcher politischer Arbeit ist einzig, dass sie medial kaum wahrgenommen wird – die Medien hätten es natürlich eher begrüsst, wenn es einen Schlagabtausch zwischen links und rechts gegeben hätte.

Eigentlich zeichnete sich ab, dass mein Auftrag **«Erhöhung der Familienzulagen»** ein weiteres Mal verschoben werden muss. Dann wurde das Geschäft aber plötzlich vorgezogen. Die Summe der Umstände führte schlussendlich dazu, dass mein Auftrag, welcher eine Erhöhung der Familienzulagen um 30 Franken verlangte, knapp angenommen wurde, konkret mit 45:40 bei ein paar Enthaltungen. Ein grosser Erfolg für die EVP! Einmal mehr konnten wir auch als kleine Partei Akzente setzen.

Persönlich

Ein Einzelvotum hielt ich beim Geschäft **«Finanzausgleich»** und setzte mich dabei für eine ausgeglichene Finanzierung von Kanton und Gemeinden ein, war aber in der Minderheit.

Ebenfalls Einzelsprecher war ich beim Thema **«Wahl- und Abstimmungspflicht»**.

Ein Votum hielt ich natürlich auch bei der **«Erhöhung der Familienzulagen»** und setzte mich dafür ein, dass alle Familien – unabhängig vom gewählten Familienmodell – unterstützt werden.

Kommissionssprecher war ich beim **Steuergesetz**.

Neu eingereicht habe ich einen Vorstoss für ein **Verbot von Einweg-E-Zigaretten**. Dieser war medial bereits ein grosses Thema (u.a. auf TeleM1).

Immer im September geht es um die Festlegung der Parameter des **kantonalen Finanzausgleichs**. Und wie jedes Jahr zeigt sich hier, dass viele Kantonsräte ihrer Gemeinde näher sind als dem Kanton. Das führt regelmässig dazu, dass Anträge, die zu Lasten des Kantons und zu Gunsten der Gemeinden sind, eine Mehrheit finden. Das Verhältnis von Kantonsbeitrag zu Gemeindebeitrag geht so immer mehr zu Lasten des Kantons. So auch dieses Jahr wieder.

Behandelt wurden zwei Vorstösse im Zusammenhang mit den Wahlen, die für uns als EVP von grosser Wichtigkeit waren. So wollte die FDP die **Listenverbindungen** bei den Kantonsratswahlen abschaffen, was für uns ein grosser Nachteil wäre. Ein anderer Auftrag wollte eine **Wahl- und Abstimmungspflicht** einführen, mit der Begründung, dass dadurch die Wahlbeteiligung deutlich höher liege. In meinem Votum wies ich darauf hin, dass es neben der quantitativen auch eine qualitative Wahlbeteiligung gibt. Und mir sind Wähler, die sich Gedanken gemacht haben und aus Überzeugung jemanden wählen oder über etwas abstimmen, deutlich lieber als solche, die nur so nebenbei wählen gehen. Der Auftrag zur Listenverbindung wurde mit 54:36 abgelehnt, jener der Wahlpflicht mit 71:11.

In Kürze

Weitere Themen waren der Standort der **Kantonsschule Solothurn**, der **Gesamtarbeitsvertrag** der **soH (Solothurner Spitäler)** und der neue Leistungsauftrag für die **Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)**. Beschlossen wurde auch eine Teilrevision des **Jagdgesetzes**.

Die nächste Session findet am 5./6./13. November 2024 statt.

André Wyss